

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 190 (2024)
Heft: 12

Artikel: Die neue Rüstungspolitik vor beträchtlichen Herausforderungen
Autor: Müller, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1063646>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die neue Rüstungspolitik vor beträchtlichen Herausforderungen

Podiumsdiskussion an der Industrieorientierung (von links): KKdt Thomas Süssli, NR Priska Seiler Graf, Dr. Urs Loher, Kaj-Gunnar Sievert (Moderation).
Bild: Armasuisse, Anna Gervasoni

Ungeschönte Lageanalysen belegten die Dringlichkeit sowie den Handlungsumfang der künftigen Rüstungspolitik. Im Zentrum der Industrieorientierung stand das Bedürfnis nach einer klaren Definition des Werteraums der Schweiz. Schlüsselgüter oder Partnerschaften lassen die Brisanz anstehender Diskussionen erahnen.

Peter Müller

Der Rüstungschef, Dr. Urs Loher, betonte: «Es gibt viel zu tun!» Und der Chef der Armee, Korpskommandant Thomas Süssli, doppelte nach: «Es geht ums Ganze!» Damit lag der Handlungsbedarf ungeschminkt auf dem Tisch der diesjährigen Industrieorientierung der Armasuisse. Der Anlass wurde traditions-gemäss zusammen mit der Herbstveranstaltung der Schweizerischen Gesellschaft Technik und Armee (STA) durchgeführt. Rund 250 Personen hatten sich für die Tagung vom 7. November in Bern angemeldet. Man darf gespannt sein, wie die kontroversen Themen bis zirka Mitte 2025 in die neue Rüstungspolitik des Bundesrates einfließen werden.

Typisch schweizerische Probleme?

Nach Auffassung des Rüstungschefs stünden zwei grundsätzliche Fragen im Raum: Wollen wir eine eigene Rüstungsindustrie? Wollen wir vollständig vom Ausland abhängig sein? Diese Diskussionen beanspruchten aktuell sehr viel Zeit bei stark divergierenden Positionen. Unsere Nachbarn beschäftigten analoge Probleme, obwohl diese der EU oder der NATO angehörten: Es gehe um das Erreichen der Verteidigungsfähigkeit, die Erhöhung der Verteidigungsausgaben und das Hochfahren der Rüstungsproduktion. Das Beispiel der Ukraine zeige: Bei einem Verbrauch von über einer Million Artilleriegranaten

und Drohnen pro Jahr werde mehr Material benötigt als produziert.

Loher sieht vier wesentliche Herausforderungen (siehe Infobox): Bei den industriellen Kapazitäten habe Russland auf Kriegswirtschaft umgestellt und lerne laufend dazu. In Europa stocke der Aufbau aus regulatorischen Gründen und weil die Industrie nicht sicher sei, ob sie investieren solle. Vom Erfordernis der Interoperabilität seien westliche Rüstungsgüter nicht ausgenommen. Swiss Finish habe keinen Platz und neue Systeme müssten rascher eingeführt werden. Gemeinsame Beschaffungen erleichterten das Erreichen einer kritischen Masse und der Skaleneffekte zur Kostensenkung. Wir benötigten robuste Lieferketten zur Absicherung von Schlüsselgütern; Schweizer Unternehmen bekundeten vermehrt Schwierigkeiten, darin eingebunden zu werden. Eine eigene Rüstungsindustrie sei nötig für die Durchhaltbarkeit der Armee.

Schlüsselgüter international einbinden

Der Rüstungschef plädierte dezidiert für eine bessere internationale Einbindung der Schweiz. Schlüsselgüter, -komponenten und -ketten sollten gezielt in der Schweiz behalten werden. Die EU habe im Frühjahr 2024 eine eigene Rüstungspolitik erarbeitet, welche durchaus als Denkanstoss für die Schweiz dienen könnte: Darin sei beispielsweise festgehalten, dass künftig 40 Prozent

der Rüstungsgüter gemeinsam und 60 Prozent in Europa beschafft werden sollen. Es sei für die Schweiz immer schwieriger, an EU-Programmen teilzunehmen, und wegen der restriktiven Exportpolitik fehle das Vertrauen in unsere Verlässlichkeit. Wir müssten versuchen, noch mehr in der Schweiz zu beschaffen und die Offsetpolitik sei grundsätzlich zu überdenken.

Mit den beiden Zielen, Abhängigkeiten zu reduzieren und Vertrauen zurückzugewinnen, postulierte Loher einen 5-Punkte-Plan (siehe Infobox): Wir benötigten als Grundlage eine verlässliche Rüstungsplanung über die nächsten zehn Jahre. Wir müssten nationale und internationale Rüstungsk Kooperationen namentlich bei Beschaffungen eingehen. Künftige Schlüsselgüter im Rüstungsbereich seien klar zu identifizieren. Die Ruag sei im Interesse einer längeren Durchhaltbarkeit zu stärken. Und schliesslich sollten wir die internationale Forschungszusammenarbeit ausbauen. Für all das brauche es klare politische Bekenntnisse. Zu oft stehe noch die Grundsatzfrage im Raum: Wir benötigen eine eigene Rüstungsindustrie; aber wollen wir sie auch?

Etwa eine Brigade vollständig ausgerüstet

Der Chef der Armee, Korpskommandant Thomas Süssli, erinnerte an die Schwierigkeiten der personellen Alimentierung. Jahr für Jahr verliere die Armee aus verschiedenen Gründen an Bestand. Noch düsterer sehe es bei der Ausrüstung aus: Aktuell könnten bloss zirka zwei Panzerbataillone, eine Artillerieabteilung und sechs Infanteriebataillone vollständig ausgerüstet werden. Das ergebe für die Verteidigung unseres Landes «ungefähr eine Brigade». Und die Munitionsvorräte seien auf die Ausbildung ausgerichtet.

In den baltischen Staaten herrsche verbreitet Angst vor der russischen Bedrohung. Das zeige sich auch in der Entwicklung der Verteidigungsausgaben: So gebe beispielsweise Estland 3,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Armee aus. Polen habe eine jahrhundertlange Erfahrung mit Russland und wisse, dass man diesem Land gegenüber keine Schwäche zeigen dürfe. Deshalb sollen die Verteidigungsausgaben auf fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts angehoben werden. Man müsse sich bewusst sein, dass die Ukraine in den Augen Russlands keine Daseinsberechtigung besitze und der Kreml den früheren eigenen Einflussbereich wieder herstellen wolle.

Technologischen Fortschritt nutzen

Süssli blickt mit grosser Spannung auf die sicherheitspolitischen Diskussionen im Parlament während der Wintersession, denn es gebe – wie eingangs erwähnt – «viel zu tun». Er skizzierte ein paar Eckpfeiler der künftigen Entwicklung der Schweizer Armee: Rund 50 Milliarden Franken müssten in den kommenden Jahren (inklusive Munition) investiert werden. Selbst bei dieser Investitionssumme müsse man realistischerweise von einer «Armee 2050» sprechen. Mit dem adaptiven Beschaffungskonzept versuche man den Nachholbedarf zu stemmen.

Dieses Vorgehen ermögliche auch, den technologischen Fortschritt zu nutzen. Es bedinge einen rascheren Beschaffungsprozess und nicht mehr einen Zeitaufwand von zehn bis zwölf Jahren für grössere Systeme. Die Auswirkungen des technologischen Fortschritts schilderte er am Beispiel der Drohnen: Zirka drei Drohnen zu je rund 500 Dollar

seien heute in der Lage, einen Panzer im Wert von 15 Millionen Dollar zu zerstören. Ohne an der Neutralität der Schweiz rütteln zu wollen: Die Armee brauche internationale Kooperationen. Der Erfahrungsaustausch bilde eine wichtige Basis und die Interoperabilität sei eine wesentliche Kooperationsvoraussetzung. Nicht zuletzt benötige das Heer Zugang zu ausländischen Ausbildungsplätzen, um wieder im Verbund kämpfen zu lernen.

Forderung nach einer De-Risking-Strategie

SP-Nationalrätin Priska Seiler Graf, Präsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats (SiK), richtete ihren Fokus auf die Kriegsmaterialexporte sowie die Fragen «Reichen die heutigen Gesetze noch?» und «Wie werden wir im Ausland wahrgenommen?». Sie betonte, dass sie ihre persönliche Meinung äussere. Die Auffassungen im Parlament seien momentan sehr unterschiedlich. Sie rief in Erinnerung, dass die Schweiz noch bis 2014 Waffen nach Russland lieferte und von 2011 bis 2014 Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Russland, Weissrussland und Kasachstan führte. Wir könnten nicht mehr mit allen jederzeit Geschäfte machen.

Statt dem früheren «Wandel durch Annäherung» müsse heute eine «De-Risking-

RÜSTUNGSPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN

- Industrielle Kapazitäten
- Standards und Interoperabilität
- Gemeinsame Beschaffungen
- Sicherung der Lieferketten

Quelle: Dr. Urs Loher, Rüstungschef

Strategie» folgen. Und die Schweiz müsse Farbe bekennen, «zu welchem Block wir gehörten». Diese Strategie helfe, unsere Lieferketten zu schützen. Die veraltete Gleichbehandlungspflicht und die aktuell eigenwillige Auslegung des Neutralitätsrechts schaden unserer Rüstungsindustrie. Mit anderen Worten: «Die Schweiz sollte wieder Partnerin werden.»

Streitpunkt: Wiederausfuhr von Kriegsmaterial

Seiler Graf plädierte dafür, die Lieferketten im Kriegsmaterialgesetz (KMG) zu schützen. So müsse das Wiederausfuhrverbot für bestimmte Länder gelockert werden. Eine allzu strikte Auslegung des KMG schade unserer Reputation. Die SiK habe eine Kompromisslösung erarbeitet, welche nun im Parlament zu diskutieren sei. Der Bundesrat stemme sich nach wie vor dagegen. Es sei bedauerlich, dass hier Parlament und Bundesrat unterschiedlich Auffassungen verträten.

Sie rief in Erinnerung, dass gemäss Art. 18 Abs. 2 des KMG für Einzelteile und Baugruppen in bestimmten Fällen kein Wiederausfuhrverbot nötig sei. Gerade im Hinblick auf die vom Rüstungschef geforderten Schlüsselgüter und -komponenten umfassender Systeme müsse diese Möglichkeit vermehrt ausgeschöpft werden. Allerdings



Gastgeber Dr. Urs Loher, Rüstungschef, ...



... und Urs Breitmeier, Präsident STA. Bilder: Armasulisse, Anna Gervasoni

handle es sich im KMG um eine Kann-Vorschrift; die Bewilligungsbehörde könne daraus relativ einfach ein Muss vorgeben. Dagegen müsste man sich wehren.

Wann ist es zu spät?

Die Podiumsdiskussion drehte sich hauptsächlich um den Zeitfaktor. Insbesondere müssten die finanziellen Rahmenbedingungen der Armee so rasch als möglich geklärt werden. Es gehe nun ums Geld und den Verteilungskampf. Wann ist es zu spät für Weichenstellungen und wann beginnen die oft zitierten zehn Jahre für den Aufwuchs zu laufen? Das Podium lieferte diesbezüglich keine Antworten; die Schweiz sei schon früher stets zu spät gekommen. Und es war wohl kaum ein Trost, zu hören, unser Land sei nicht so gut im Antizipieren, jedoch relativ stark im Improvisieren.

Unbestritten war die Forderung, die Schweiz brauche eine eigene Rüstungsindustrie. Wegweisend für die weiteren Diskussionen zur künftigen Rüstungspolitik könnte das klare Statement des Chefs der Armee sein: Unsere Rüstungsindustrie müsse vor allem den Bereich Maintenance (Unterhalt und Instandhaltung) abdecken.

Unseren Werteraum definieren

Die STA-Herbstveranstaltung nimmt am Nachmittag traditionellerweise das Hauptthema der Industrieorientierung vom Vormittag auf und vertieft einzelne Inhalte. Diesmal stand die Offsetpolitik als wichtiger Bestandteil der Rüstungspolitik im Fokus. Der Präsident der STA, Urs Breitmeier, mahnte einleitend, wir müssten Rahmenbedingungen haben, die es der nationalen Sicherheitsindustrie erlauben, sich einzubringen und zu kooperieren. In einer multipolaren Welt müsse man sich entscheiden, wohin man gehöre. Entsprechend sei der Werteraum der Schweiz neu zu definieren.

Die Komponentenregelung im KMG könne durchaus eine Chance darstellen. Aber auch diese Bestimmung nütze nichts, wenn das Ausland der Schweizer Rüstungsindustrie nicht glaube und vertraue. Der Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, Oberst Dominik Knill, legte den Finger noch auf einen anderen wunden Punkt: Die von Nationalrat Heinz Theiler lancierte Petition zur Aufstockung des Armeebudgets bis 2030 habe nach Monaten des Sammelns rund 15 000 Unterschriften zusammengekratzt.

Andere Petitionen überflügelten dieses Ergebnis bereits nach Wochen. Da stelle sich schon die Frage nach der Ernsthaftigkeit unseres Verteidigungswillens.

Denkanstösse zu den Offsetgeschäften

Drei Referenten orientierten zu ihren Erfahrungen mit der bisherigen Offsetpolitik des Bundes. Wir beschränken uns hier auf ein paar bedenkenswerte Inputs zur künftigen Rüstungspolitik. Michael Strehler von Ruag MRO Schweiz fragte nach dem Plan, der mit Offsetgeschäften erreicht werden solle; diesbezüglich sei die Politik des Bundes nicht immer klar. Technologietransfers im Rahmen von Offsets seien stets eine grosse Aufgabe, aber zur autonomen Instandhaltung und zur Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit zentral. Diese Unabhängigkeit verursache Kosten, die ungern thematisiert und auch oft verkannt würden.

Max Bachmann von Sauter Bachmann AG erachtet Offsets als wichtiges Geschäftsfeld. Man müsse jedoch dranbleiben und selbst Anknüpfungspunkte zu offsetpflichtigen Herstellern suchen. Es flögen keine gebratenen Tauben in den Mund. Kritischer äusserte sich Ulrich Gehling von Mecaplex: Know-how-Transfer werde immer anspruchsvoller, es sei oftmals schwierig, den Business Case darzustellen und die Exportmöglichkeiten seien ungenügend. Er stelle sich die Frage nach der Sicherstellung von Offsetgeschäften im Krisenfall. Und er erwarte vom Bund eine gleichmässige Verteilung; der Hauptteil dürfe nicht stets an die Ruag gehen.

Nun kommt der Härtetest

Die neue Rüstungspolitik des Bundesrates soll bis zirka Mitte 2025 erarbeitet sein. Der federführende Rüstungschef wünscht sich eine Formulierung «mit Ecken und Kanten», also klare Aussagen. Die ungeschönte Lageanalyse kam in den verschiedenen Referaten deutlich zum Ausdruck. Man kann dem Gehörten eigentlich nur zustimmen – es tut auch noch niemandem weh. Nun folgt der Härtetest mit mehreren Baustellen. Es seien zur Anschauung bloss drei herausgegriffen.

AUSBLICK: 5-PUNKTE-PLAN

- Langfristige Planung sicherstellen
- Partnerschaften eingehen
- Schlüsselgüter identifizieren
- Ruag stärken
- Internationale Forschungszusammenarbeit

Quelle: Dr. Urs Loher, Rüstungschef

Was sind Schlüsselgüter und -komponenten, allenfalls auch Schlüssel-Lieferketten? Die gerne und oft zitierte Sicherheitsrelevante Technologie- und Industriebasis der Schweiz (STIB) ist wegen ihrer undefinierbaren Beliebigkeit während der vergangenen über zehn Jahre eigentlich gescheitert. Will man gezielt fördern, braucht es klare Eingrenzungen zur Konzentration der Mittel. Pragmatismus der Verwaltung mit fallweisen Entscheiden, die niemandem wehtun, in Ehren. Es geht hier um politische Weichenstellungen, zu denen der Bundesrat etwas Klares sagen muss.

Planwirtschaft und Staatsbetrieb?

Offsetgeschäfte sind nach der direkten Beschaffung in der Schweiz der beste Hebel, um unsere Rüstungsindustrie zu stärken. Braucht es Vorgaben, wie viel Offset direkt oder indirekt vergeben werden soll? Technologietransfer ist anspruchsvoll und kostenintensiv. Direkte Offsets müssen mit einer klaren Preisetikette der Mehrkosten versehen werden. Und dann muss die Politik den Mut haben, ein direktes Offsetgeschäft aus Kostengründen abzulehnen – selbst zulasten des Werkplatzes Schweiz. Sind regionale Verteilschlüssel der Offsetgeschäfte (beispielsweise 30 Prozent in der Romandie) zweckmässig? Eigentlich ist solche Planwirtschaft das Eingeständnis von Wettbewerbsversagen.

Die Ruag muss klar positioniert werden: Werkstatt der Schweizer Armee oder internationaler Rüstungskonzern? Der aktuelle Zwitter ist kaum wirtschaftlich überlebensfähig. Je nach Antwort müsste die 20-Prozent-Grenze der Drittgeschäfte fallen, wissend, dass damit auch die heutige Vorzugsbehandlung der Quasi-Inhouse-Vergabe zu fallen hätte. Da kommen insgesamt im kommenden Jahr spannende Weichenstellungen auf die Schweizer Rüstungsindustrie zu.



Maj a D Peter Müller
Dr. rer. pol.
Redaktor ASMZ
peter.mueller@asmz.ch
3672 Oberdiessbach